

Niederschrift SOZ/007/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 17.03.2022

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied/Vorsitzende

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Ute Ehrenberg	UWG	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied (bis 19:43 - Top 13)
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Petra Gaasbeek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin (bis 19:44 - Top 14)
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied (bis 18:40 Uhr - Top 11)
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied (bis 18:40 Uhr - Top 11)

Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Okba Aljasem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Susanne Bien-Ahrens		Vertretung für Herrn Johan- nes-Michael Bögge
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Frau Ulrike Stockel
Frau Helga Niedoba	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Mersch

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Lena Ellenberger		Sozialplanerin
Herr Jürgen Koch		PV Asyl- und Ausländerbe- hörde - Vortrag Top 12
Frau Dunja Wegmann		Fachliche Leitung Auslän- derbehörde – zu Top 12
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vor- sitzende

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge

Sachkundiger Einwohner f.
Familienbeirat

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/006/2022 über die öffentliche Sitzung am 11.01.2022

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Zu den bereits zur Verfügung gestellten Informationen ergänzt Herr Gausmann die Zahlen zum „Lagebild der Ukraine“ (Stand: 17.03.22, 16:30 Uhr):

Thema	Anzahl
Personen – durch FB 8 untergebracht	186
davon	105 Erwachsene 81 Kinder
Personen – durch Ausländerbehörde registriert (Basis für FlüAG-Meldung)	344
Asylbewerberleistungen - aufgenommene Anträge	244

Dem Vorschlag von Herrn Gausmann, die heute zugestellte Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Betreuung der Geflüchteten aus der Ukraine“ unter Punkt 13 zu besprechen, wird zugestimmt.

Zu dem Punkt 4 der Informationen „Veranstaltung Wohnraum für Menschen mit Behinderung“ fügt Herr Gausmann hinzu, dass die Veranstaltung am 3. März 2022 sehr intensiv, sehr lang und mit vielen Informationen gewesen sei. In den kommenden Wochen und Monaten gehe es, wie Frau Schauer es deutlich signalisiert hatte, nicht um die Wohneinheitsfestlegung, sondern um Einrichtungen für die soziale Nutzung und andere Strukturen (z. B. um die Geschossigkeit und dergleichen). Herr Gausmann äußert den Wunsch an die Ausschussmitglieder, die auch Kontakt zu den Trägern haben, diese zu bitten, für die Detailabsprachen hinsichtlich der Realisierung der bebauungsplanrechtlichen Möglichkeiten, Kontakt mit der Stadtverwaltung aufzunehmen. Dadurch könne man viel Zeit sparen und die Realisierung vorantreiben. Die nächste Aktualisierung werde es im Mai geben.

3. Einwohnerfragestunde

Einwohnerin 1, die seit mehreren Jahren Flüchtlinge betreut, spricht über die Situation der Ehrenamtlichen beim WelCome In!, die sich um die ankommenden Ukraine-Flüchtlinge kümmern. Die zur Verfügung gestellte Hotline sei mit zwei freundlichen Damen besetzt, jedoch bekäme

man kein Besetztzeichen, wenn diese telefonieren würden. Die Ehrenamtlichen wären bis spät in die Nacht (solange die Züge ankommen würden) im Einsatz und würden die Flüchtlinge in Empfang nehmen. Die Hotline sei aber nur bis 17:00 Uhr besetzt und sie wüssten nicht, wo sie diese dann unterbringen könnten. Es gebe auch keine Notunterkunft, und die ZUE in Rheine und die Einrichtung Bochum seien telefonisch nicht erreichbar, was stundenweise versucht worden sei.

Herr Gausmann erklärt die rechtlichen Bedingungen, wonach diese Flüchtlinge zuerst in die Einrichtung nach Bochum müssten. Dass das auch anders funktionieren würde, hätte andere Gründe, die er nicht in Frage stelle, so dass viele Flüchtlinge direkt nach Rheine gekommen seien. Einige davon seien über die Visumsfreiheit gekommen, deren Aufnahme nach § 24 im Nachhinein abgebildet werden würde.

Die Stadt Rheine sei weder für die Einrichtung in Bochum noch für die ZUE zuständig. Bezüglich der telefonischen Erreichbarkeit müsste man an die zuständigen Träger herantreten. Bezüglich der Erreichbarkeit der Hotline bei der Stadt Rheine sei ein Anrufbeantworter dazugeschaltet worden. Eine Warteschleife lässt sich technisch nicht abbilden. Zu den Erreichbarkeitszeiten und Unterbringungsnotwendigkeiten werde gleich unter Top 13 diskutiert werden können.

Die Stadtverwaltung sei dankbar, wie engagiert die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichen Institutionen sich kümmern und unterwegs seien. Die Belastungsfähigkeit sei verständlicherweise begrenzt. Die Stadtgesellschaft müsse sich die Frage stellen, ob sie eine 24 Stunden-Betreuung/Versorgung aus öffentlicher Hand für die Unterzubringenden verantworten müsse.

Die Einwohnerin stellt eine weitere Frage: Privat untergebrachte Flüchtlinge bekämen einen „Erstkarton“, der mit je 1 Topf, Glas und Teller bestückt sei. Wo bekämen diese in der Nacht etwas zu Essen her, wenn z. B. der nächste Supermarkt 6 ½ Kilometer weit entfernt sei? Dieses würden derzeit die Ehrenamtlichen übernehmen. Die können nicht mehr.

Herr Gausmann nimmt die Belastungsgrenze, welche völlig unstrittig dem seit 3 Wochen bestehenden Dauer-Krisenmodus geschuldet sei, verstehend zur Kenntnis. Die Verwaltung werde intern klären, ob in dem Notpaket für private Unterbringungen eine Notration für den ersten Tag zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Gausmann ergänzt, dass es Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gebe, womit auch Lebensmittel erworben werden könnten. Nach der Asylantragsaufnahme werde ein Scheck ausgegeben und es könne ein Konto bei der Sparkasse eröffnet werden, welches seit letzter Woche Dienstag geregelt worden sei.

Einwohnerin 2 bezieht sich auf eine von der Stadt Rheine erhaltene Notfall-Telefonliste, und spricht ebenfalls über die Nichterreichbarkeit, auch in Bochum.

Für die Erreichbarkeit der Notfallnummer in Bochum sei die Stadt Rheine nicht zuständig; es sei die offizielle Notfallnummer der Landeseinrichtung in Bochum. Die Verwaltung könne lediglich beim zuständigen Ministerium MKFFI NRW oder der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg diese kritischen Bemerkungen spiegeln und fragen, warum dort niemand erreichbar sei.

Auf die Anfrage von Einwohnerin 2 antwortet Herr Gausmann, was die Kita-Anmeldung von Flüchtlingskindern betreffe, gebe es vom MKFFI noch keine Informationen. Es werde versucht, sogenannte Brückenprojekte anzubieten, da die Prioritäten für diese Altersgruppe vorerst in anderen Bereichen als der Kita-Anmeldung liegen würden.

Bezüglich der Anmeldungen an Schulen spricht Herr Gausmann über geführte und geplante Gespräche mit der zuständigen Ministerin, der Schulaufsicht und den Schulleitungen. Das Ministerium (MSB) sieht nach heutigem Stand vor, zumindest die Grundschulen ortsnah zu nutzen. Bei

den weiterführenden Schulen sei über die Seiteneinsteigerberatung eine geeignete Schulform zu suchen. Dazu werde mit der Schulaufsicht ein Verfahren mit einer sinnvollen Verteilung der Kinder entwickelt, die möglichst ortsnah und bildungsgerecht werde. Diese Informationen werden auch den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Verfügung gestellt.

Frau Gehrke ergänzt, dass die Ehrenamtlichen die Kinder auf die Seiteneinsteigerberatungsliste eintragen lassen könnten, damit die Gespräche zeitnah durchgeführt werden können. Die Kontaktdaten (Frau Stallmann und Frau Renger-Stilling) seien bekannt.

Frau Ehrenberg schlägt vor, unter Top 13 zu diskutieren, wie die Verwaltung zusammen mit den Ehrenamtlichen eine strukturierte Soforthilfe auf die Beine stellen kann.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Herr Aljasem informiert über die am 10. Februar 2022 stattgefundenene Sitzung des Integrationsrates:

- Es sei über die Arbeit des Multiprofessionellen Teams und der Seiteneinsteigerberatung an den Grund- und weiterführenden Schulen gesprochen worden. Ein großes Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche in letzter und besonders in der Corona-Zeit während der Schulschließung tolle Arbeit geleistet hätten. Viele Kinder mit Migrationshintergrund hätten dort Hilfe und Unterstützung beim Lernen bekommen. Der Integrationsrat sei dafür sehr dankbar.
- Der Integrationsrat plane, sich mit allen Stadtteilbeiräten in Verbindung zu setzen, um über die Verbesserungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen.
- Er bittet für die überarbeiteten Integrationsratsrichtlinien um Zustimmung aller Fraktionen im Sozialausschuss. Ihre Verbesserungsideen und Vorschläge würden die Richtlinien bereichern (Top 14 – Vorlage 082/22/1).
- Er informiert über die Vorbereitungen für die Interkulturelle Woche 2022 und hofft, dass diese besondere Woche stattfinden werden könne.
- Für Hilfen und Informationen über die Ukraine-Flüchtlinge sei mit Unterstützung der Integrationsmitglieder, Vereine und Einzelpersonen das Netzwerk „Maidan“ in Leben gerufen worden. Er bedankt sich für die gute Unterstützung der Stadtverwaltung.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier informiert, dass nach der letzten Sozialausschusssitzung noch keine Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung stattgefunden habe. Die nächste Sitzung sei am 30. März 2022.

Verschiedene Arbeitskreise seien aktiv gewesen:

- **Barrierefreies Bauen**
Bezogen auf den Top 17 dieser Sitzung spricht Herr Meier einige Themen an, die in der nächsten Beiratssitzung besprochen werden würden.

- Neugestaltung der Geschäftsordnung
Qualifizierte Einzelpersonen außerhalb von Selbsthilfegruppen oder Organisationen sollen die Möglichkeit erhalten, dem Beirat beizutreten. Die Vorschläge der Verwaltung seien ebenfalls eingearbeitet worden. Es sei geplant, die neue Geschäftsordnung nach der nächsten Beiratssitzung dem Sozialausschuss vorzulegen.
- 40. Jubiläum des Beirates
Es seien mehrere Feierlichkeiten angedacht.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Hovestadt informiert Herr Meier, dass ein Außentermin mit allen Einwohner(inne)n in der wärmeren Jahreszeit und eine Feststunde im Frühherbst anvisiert würden. Sobald Termine feststehen würden, würden diese bekannt gegeben.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es teilt mit, dass es keine Sitzung des Seniorenbeirates gegeben habe. Die nächste Sitzung finde am 9. Mai 2022 statt.

Sie informiert über den vor 14 Tagen stattgefundenen Arbeitskreis „Einsamkeit im Alter“. Um die Dimensionen der Gestaltungs- bzw. Handlungsmöglichkeiten erarbeiten zu können, werde eine Podiumsdiskussion angestrebt. In Zusammenarbeit mit einem Partner vor Ort sollen fachlich kompetente Gäste gefunden werden. Der Arbeitskreis werde sich auch an den Lenkungsausschuss „Sozialplan Alter“ mit der Bitte wenden, das Thema „Einsamkeit im Alter“ zu berücksichtigen. Ferner plane der Arbeitskreis besondere Bauernhöfe für ältere Generationen in Holland sowie eine Seniorenwohnanlage in unserer Partnerstadt Borne zu besuchen. Das nächste Treffen sei am 22. März 2022 um 10:00 Uhr in der Mall.

Der Arbeitskreis „Wohnen im Alter“ habe sich am 10. Februar 2022 erstmalig getroffen und verschiedene Vorgehensweisen angesprochen. Um bei der Nahversorgung über mögliche Baugrundstücke sprechen zu können, sei geplant, Herrn van Wüllen einzuladen. Sie spricht einige Anlagen an, welche man plane zu besuchen.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bien-Ahrens berichtet über die Sitzung des Familienbeirates am 1. Februar 2022, in der Herr Gausmann über den Familienbericht informiert habe. Der Familienbeirat werde folgende Themen besonders in den Blick nehmen:

- Pflege
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kinder und Armut
- Wohnen

Thematisiert worden seien die Themen „Unzufriedenheit der Eltern bei der OGS-Buchung“, die Verkehrssicherheit und in diesem Zusammenhang die von Herrn Gausmann angesprochenen „Schulwegtreffpunkte“.

Es gebe im Internet einen tollen Blog eines Familienvaters „Rheine for Kids“, der über Unternehmungen und Aktivitäten für Kinder und Familien in Rheine berichten würde. Sie fragt, ob eine offizielle Internetseite mit einer Übersicht aufgebaut werden könne. Hier könne der Familienbeirat sich vorstellen, eine Zusammenfassung zu erstellen.

Frau van Es schlägt die Aktualisierung des Familienpasses vor. Z. B. biete der NaturZoo Rheine eine Familien-Jahreskarte an, mit der auch namentlich aufgeführte Enkelkinder diesen kostenlos besuchen könnten.

8. Personelle Veränderung im Beirat für Menschen mit Behinderung
Vorlage: 109/22

Herr Gausmann weist unabhängig von dieser Vorlage darauf hin, dass im nächsten Sozialausschuss geplant sei, auch über die Entsendung einer Person des Beirates für Menschen mit Behinderung in den Kreis-Inklusionsbeirat zu beschließen. Dafür müsse es zuerst einen Empfehlungsbeschluss des Beirates geben.

Beschluss:

Der Sozialausschluss beschließt, die frei werdende Position als ordentliches Mitglied im Beirat für Menschen mit Behinderung mit dem bisherigen Vertreter, Herrn Tobias Frönd, nachzubeseetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Arbeits- und Projektplanung 2022 für den Sozialausschuss
Vorlage: 085/22

Zu diesem Tagesordnungspunkt entsteht mit Frau Floyd-Wenke, Frau Ehrenberg, Herrn Hewing, Frau Lücke, Frau Eggenkämper, Herrn Azevedo und der Verwaltung eine lange Diskussion, aus der Frau Dr. Hovestadt und Herr Gausmann **einen geänderten Beschlussvorschlag** zusammenfassen und darüber abstimmen lassen (siehe Beschluss).

Die aktualisierte Arbeits- und Projektplanung ist dem Protokoll beigefügt (**Anlage 1**).

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, in die Arbeits- und Projektplanung 2022 des Sozialausschusses für den 25. Mai 2022 den Tagesordnungspunkt „Wohnraum für Menschen mit Behinderung“ aufzunehmen. Der Sozialausschuss stimmt der ergänzten Arbeits- und Projektplanung 2022 zu.
2. Die Verwaltung wird gebeten, eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses zum Thema „Familienbericht“ zu initiieren.
3. Die Verwaltung wird gebeten, eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz zum Thema „Familienbericht“ zu initiieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Jahresbericht 2021 soziale Einrichtungen Vorlage: 100/22

Frau Gehrke erklärt, sie werde den Ausschuss zu einer der nächsten Sitzungen gern erneut einladen, die sozialen Einrichtungen (Treff 100, Kremer-Haus und Begegnungszentrum Mitte⁵¹) zu besichtigen, damit dieser Bericht mit den vielen Zahlen und Texten ein Gesicht bekomme. Die Einladung zur Januar-Sitzung sei aufgrund der Pandemie-Situation abgesagt worden.

Sie informiert, dass der Bericht so gegliedert sei, dass er auch je einen Teil enthalte, wie man sich in der Pandemiezeit in der Beratung und Betreuung der betroffenen Personen aufgestellt habe. Die Einrichtungen seien im letzten Jahr zu keiner Zeit komplett geschlossen gewesen. Es habe nach der jeweils gültigen Corona-Schutzverordnung, teilweise unter anderen Rahmenbedingungen, einen regelmäßigen Betrieb gegeben, so dass die Hilfesuchenden immer ein Angebot hätten finden können.

Sie stellt dazu die wesentlichen Bestandteile der Vorlage vor.

In einer der nächsten Sitzungen werde die Verwaltung mit einer gesonderten Vorlage Detailinformationen zu dem Projekt „Koordinierung Prävention von Wohnungsnotfällen“ vorstellen. Über die Genehmigung des Ministeriums für Arbeit und Soziales, welche zum 1. März 2022 eingegangen sei, sei der Ausschuss bereits informiert worden.

Frau Lücke begrüße die Vorlage und dass das Konzept für Frauen nun angegangen werden solle.

Sie bezieht sich auf die von Frau Gehrke genannte Information, dass die nächste Übernachtungsstelle für wohnungslose Menschen mit Tieren in Lingen sei, da dieses in Rheine im Kremer-Haus nicht möglich sei. Sie regt an, da durch die zum Teil mit Tieren nach Rheine kommenden ukrainischen Flüchtlinge diese Bedarfe der Übernachtungsstellen vermutlich zunehmen würden, diese neu zu bewerten.

In den Ausführungen habe sie gelesen, dass es im Treff 100 neben den eigentlichen Aufgaben 38 Wohnungsnotfälle gegeben habe, die bearbeitet werden mussten. Die SPD-Fraktion frage, ob das mit den regulären Personalressourcen zu schaffen sei oder dort personell nachgebessert/nachgesteuert werden müsse, da dieses ein nicht unerheblicher zusätzlich zu leistender Arbeitsfaktor sei.

Herr Hewing schließt sich dem an. Das Konzept für Frauen sei sehr wichtig. Da für viele Menschen Tiere eine ganz wichtige Bedeutung hätten, frage er nach den Gründen, warum in Rheine keine Tiere in den Übernachtungsstellen zugelassen seien.

Frau Ehrenberg schließe sich den Ausführungen von Frau Lücke und Herrn Hewing an.

Frau Eggenkämper frage, wie viele Menschen, vor allem in der Pandemiezeit, z. B. wegen voller Belegung, abgewiesen worden seien, und wie viele Frauen und Menschen mit Tieren davon betroffen gewesen seien.

Frau Berkmann bedanke sich für die umfangreiche Vorlage und begrüße das Besichtigungsangebot.

Bezüglich der Frage von Frau Lücke zur personellen Aufstockung informiere Frau Gehrke, dass aus diesem Grund beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) das Projekt „Prävention von Wohnungsnotfällen“ beantragt worden sei. Der Sozialausschuss sei ausführlich darüber informiert worden und habe dem Projekt zuge-

stimmt (*Vorlage 101/21/1 – 09.06.2021*). Die 2 Stellen seien am 1. März 2022 bewilligt worden. Dazu werde eine gesonderte Vorlage erstellt, wie vorhin erwähnt.

Zu der Überbelegungsfrage im Kremer-Haus von Frau Eggenkämper erklärt Frau Gehrke, dass jedem, der mit der Hausordnung einverstanden gewesen sei, ein Notübernachtungsplatz habe angeboten werden können. Wegen der Pandemie sei im letzten und vorletzten Jahr ein Ausweichquartier geschaffen worden. In den anderen Fällen werde versucht, Einzelfalllösungen in anderen Einrichtungen zu finden. Die Statistik werde nachgebessert, so dass im nächsten Jahr auch die Zahlen der Verweisberatung und anderweitigen Unterbringungen vorgelegt werden könne.

Herr Gausmann erklärt, dass es sich im Kremer-Haus nicht abbilden ließe, Tiere zuzulassen, z. B. wegen Tierhaar-Allergiker. In Sammelunterkünften seien bestimmte veterinärrechtliche Bedingungen zu erfüllen. Die Verwaltung stuft die Erstellung eines Notunterbringungskonzeptes für Frauen als Dringender ein; beides könne zusammen nicht geleistet werden.

Frau Wiggers ergänzt, dass neben den Allergikern auch durch Tiere traumatisierte Personen und Personen mit gewissen Ängsten auf Tiere berücksichtigt werden müssten.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2021 der sozialen Einrichtungen der Stadt Rheine zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Notunterbringungskonzept speziell für Frauen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Jahresbericht 2021 - SGB XII Vorlage: 103/22

Frau Gehrke führt in die Vorlage ein.

Außer einer Verständnisfrage gibt es keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den SGB XII Jahresbericht 2021 zur Kenntnis.

12. Jahresbericht der Ausländerbehörde 2021 Vorlage: 068/22

Frau Dr. Hovestadt bedankt sich ganz herzlich für den ausführlichen Bericht, der weitreichende Kenntnisse der Grundsätze und der Arbeitsweise der Behörde gebe.

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und erklärt, dass die Vorstellung der Ausländerbehörde auf Wunsch zeitlich vorgezogen und mit dem Jahresbericht zusammengelegt worden sei. Die Fragen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien mit den eingearbeiteten Antworten der Vorlage als Anlage 2 beigefügt.

Herr Koch stellt seine Präsentation vor (**Anlage 2**).

Frau Dr. Hovestadt sagt, dass es in Deutschland auf der einen Seite Mangelberufe, wie z. B. in der Altenpflege, und auf der anderen Seite Asylsuchende mit und ohne Ausbildung gebe, die gewillt seien diese Lücken aufzufüllen. So stelle sich die Frage, wie die Ausländerbehörde sich mit dem jobcenter verzahne, um die Verbindungen zu Ausbildung und Beruf herstellen zu können.

Herr Gausmann spricht die allgemeinen Vorgaben des jobcenters und das Landesprogramm aus 2018/2019 an, in dem es im Letzteren auch um die Koordinierung der gemeinsamen Fragen der Ankommensberatung und der Asylbewerber gegangen sei und wie man die verschiedenen Leistungen von SGB II und Unterstützungsleistungen zusammenbringen und im Rahmen der Bleibereichtsperspektive, z. B. eine Ausbildung, organisieren könne.

Frau Gehrke erklärt in groben Zügen die Landesprogramme „Einwanderung gestalten NRW“ und „Gemeinsam klappt's“. Zum Letzteren werde nach der landesseitigen Beendigung des Projektes am 30. Juni 2022 dem Sozialausschuss ein Bericht vorgelegt werden. Und auch dazu, wie weitere Perspektiven geschaffen werden können, werde etwas vorbereitet.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2021 der Ausländerbehörde Rheine zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss nimmt die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Tätigkeit der Ausländerbehörde sowie die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

13. Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes Vorlage: 069/22

Herr Gausmann erklärt, dass seit der vor 3 Wochen eingestellten Vorlage und dem gleichzeitig beginnenden Ukraine-Krieg dieser Bericht nicht mehr auf dem aktuellsten Stand sei. Die Verwaltung würde gern mit der 20 % Leerstandsquote weiterarbeiten und bitte um die Zustimmung mit der verstärkten städtischen Anmietung fortführen zu können.

Die Entwicklung der Damloup-Kaserne werde dringend für den normalen Wohnungsmarkt benötigt. Von der Bezirksregierung gebe es keine Tendenz zur Weiternutzung, so dass die Vorbereitungen für den 1. Januar 2023 erfolgen könnten. Neben größeren und kleineren Wohnungen (z. B. für Familien und Alleinerziehende) würden einige Wohnprojekte für besondere Zielgruppen (u. a. für Menschen mit Behinderung) geplant. Dass sei in dem Gesamt-Wohnraumversorgungskonzept der abzubildenden Wohneinheiten nur angedeutet, aber noch nicht im Detail berechnet. Es werde künftig noch mehr Wohnraum benötigt.

Ukraine-Flüchtlinge:

Herr Gausmann informiert, dass aus aktuellem Anlass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heute einen Dringlichkeitsantrag per E-Mail eingereicht habe, der an alle Ausschussmitglieder weitergeleitet worden sei. Die Dringlichkeit und ob es ein Antrag sei, seien nicht geprüft worden; eine Abstimmung sei formalrechtlich nicht möglich, die Entscheidungshoheit liege beim Bürgermeister. Herr Gausmann sieht es als zielführender an, diesen Antrag als Anfrage (**Anlage 3**) zu bewerten, damit hier eine Diskussionsgrundlage geschaffen werden könne. Ziel sei es, ge-

meinsam nach Vorschlägen zu suchen und Lösungen zu erarbeiten. Antworten werde er später nachreichen.

Dem Vorschlag wird nicht widersprochen.

Die in der Einwohnerfragstunde vorgebrachten Informationen und Fragen fließen in diese intensive mit großer Beteiligung geführte Diskussion mit ein.

Die Ausschussmitglieder sprechen ihre Dankbarkeit allen beteiligten Akteuren, besonders den Ehrenamtlichen, aus. Sie haben vollstes Verständnis für die Not, Sorge und Überforderung.

Viele verschiedene Probleme werden vorgetragen, die vor allem durch die nachts oder am Wochenenden ankommenden Flüchtlinge bestehen würden. Fragen werden gestellt, wie z. B.:

- Wie und wo können die Flüchtlinge untergebracht werden?
- Wie können sie versorgt werden?
- Wo bekommt man Unterstützung, wenn die Hotline nicht erreichbar ist?

Als wichtiger Unterstützungspunkt wird die Erreichbarkeit einer Hotline mit 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche angesehen.

Frau Floyd-Wenke spricht über ihre Ideen; mit Ehren- und/oder Hauptamtlichen den ankommenden Flüchtlingen direkt bei der Ankunft am Rheiner Bahnhof einen Informations- und Anlaufpunkt anzubieten, z. B. in der Bahnhofsmmission, und ihnen eine Notübernachtung, z. B. in Form eines Zuges, zu ermöglichen. Die Suppenküche der Tafel könnte für die Versorgung aktiviert werden, evtl. mit Extraschichten. Sie bittet die Verwaltung, ihre Vorschläge kurzfristig zu prüfen.

Frau Lücke möchte besonders die vielen Bürgerinnen und Bürger in Rheine, die unbekannte Menschen in ihren Räumlichkeiten aufnehmen und teilweise ihr privates Leben mit ihnen teilen würden, dankend erwähnen. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Notpaket in eine Grundausstattung erweitert werden könne, damit die Flüchtlinge über die erste Nacht und vielleicht auch über den nächsten Tag kommen könnten.

Herr Lewinski schlägt einen 24 Stunden geöffneten Supermarkt vor.

Frau Berkmann schlägt den Ehrenamtlichen vor, sich an die Hilfsorganisationen zu wenden, um die Ankommenden und die Hilfen organisierter bündeln und gestalten zu können. Sie habe vom Kreis Steinfurt, Herrn Dr. Fuchs, die Information bekommen, dass die Hotline des Kreises taggenau und die E-Mails ohne lange Wartezeit mitbedient würden. Die eingehenden Anfragen würden regelmäßig gebündelt auf der Homepage eingestellt. Diese sei, z. B. für Ehrenamtliche, eine gute Informationsquelle zu den gängigsten Fragen. Der Kreis tausche sich auch regelmäßig mit den Städten und Gemeinden aus.

Frau Lücke schlägt als Unterbringungsmöglichkeit die Jugendherberge und Pensionen vor.

Es entsteht eine intensive Diskussion über Ideen, die geflüchteten Menschen in Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Kräften bestmöglich zu unterstützen.

Herr Gausmann führt aus, dass bereits in der Einwohnerfragestunde deutlich geworden sei, wie be- und überlastet die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien. Das treffe auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu.

Er informiert, dass seit vorletztem Montag die Ukraine-Hotline bis 16:00 Uhr geschaltet worden sei. Die Hotline nimmt gerne Wohnraumangebote für Geflüchtete entgegen und beantwortet

Anfragen zur Unterbringung, Anmeldung, Sozialleistungen oder den zur Verfügung stehenden Beratungsangeboten. Er werde versuchen, diese montags bis freitags bis 20:00 Uhr zu schalten, sobald dafür das passende Personal rekrutiert werden könne. Zudem werde eine zweite Hotline dazugeschaltet. Für weitere Anfragen und Anregungen bezüglich Ukraine-Flüchtlinge sei die Verwaltung sehr dankbar, gern auch über E-Mail unter ukraine@rheine.de.

Am Montag werde er an der HVB-Telefonkonferenz teilnehmen. Hier werde er einbringen, die Kreiseinrichtungen am Wochenende und nach 20:00 Uhr als Anlaufpunkt/Hotline mitzunutzen.

Die Verwaltung denke auch über die Einrichtung eines eigenen 24-Stunden-Ordnungsamtskrisendienstes nach. Die dort bzw. bei der Polizei auflaufenden Flüchtlinge könnten dann in evtl. zwei noch zu schaffenden Notwohnungen an der Unlandstraße für ein oder auch zwei Tage untergebracht werden, so dass niemand auf der Straße übernachten müsse.

Die Möglichkeit, freie Betten in der ZUE mitzunutzen, werde derzeit ebenfalls geprüft.

Herr Gausmann nimmt aus den Diskussionen die Anregung zur Bahnhofsmision gern auf. Über die bestehenden Kontakte der Netzwerkarbeit der Wohnungsnotfallhilfe, zu der auch die Bahnhofsmision angegliedert sei, würden die gemachten Vorschläge angesprochen werden. Ebenso werde er die Idee mit der 7 Tage geöffneten Suppenküche als abzuklärende Möglichkeit mitnehmen. Die bisherigen Anfragen bei Jugendherbergen, Pensionen und Hotels seien negativ ausgefallen.

Die ehemalige Polizeistation stehe noch zur Verfügung. Herr Gausmann teilt mit, dass er am Montag die Rückmeldung erwarte, ob diese genutzt werden könne. Diese oder evtl. andere größere Einheiten (z. B. Turnhallen) müssten mit einem Sicherheitsdienst ausgestattet werden. In dem Fall wäre die 24-Stunden-Erreichbarkeit durch eine Einrichtung vor Ort gewährleistet. Die Hotline würde weiterlaufen. Eine dezentrale Unterbringung werde dennoch bevorzugt. Derzeit könnten die Unterbringungen noch durchgeführt werden. Trotzdem würden Vorbereitungen getroffen, da 4 oder 5 Tage Vorlauf benötigt würden.

Die Verwaltung versuche, alle möglichen Ressourcen abzubilden. Sie überlege, wie sie die unterschiedlichen Strukturen organisatorisch voneinander bekomme und die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter unterstützen und entlasten könne. In der nächsten Woche finde eine Onlinekonferenz mit den Ehrenamtlichen statt.

Anmerkung der Verwaltung: Die Fraktionsvorsitzenden sowie die sozialpolitischen Sprecher(innen) der Fraktionen wurden per E-Mail am 24. März 2022 über die Erweiterung der Hotline montags bis freitags 9 - 20 Uhr sowie die Unterbringung von Geflüchteten außerhalb dieser Zeiten informiert.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes im Flüchtlingsbereich zur Kenntnis.

14. Richtlinien Integrationspreis 2022 Aktualisierung der Integrationspreisrichtlinien Vorlage: 082/22/1

Herr Aljasem wiederholt seine bereits unter Top „Information“ genannte Bitte um Verbesserungsideen und Zustimmung zu den überarbeiteten Integrationspreisrichtlinien.

Herr Gausmann fügt hinzu, dass die Vorbereitungen im Integrationsrat vorgenommen worden seien und bittet ebenfalls um Zustimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt auf Empfehlung des Integrationsrates die Neufassung der Richtlinien für die Verleihung des Integrationspreises.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Richtlinien Integrationspreis 2022
Aktualisierung der Integrationspreisrichtlinien
Vorlage: 082/22**

Es wird auf die Ergänzungsvorlage 082/22/1 verwiesen.

**15. Nutzungs- und Entgeltordnung Begegnungszentrum Mitte 51 - einschließlich 2+3
BA
Vorlage: 106/22**

Frau Gehrke führt in die Vorlage ein.

Der Sozialausschuss habe der Verwaltung den Auftrag erteilt zu ermitteln, inwieweit das Begegnungszentrum Mitte⁵¹ auch bürgerschaftlich geführt werden könne. Dazu werde im April eine Versammlung mit den Nutzerinnen und Nutzern stattfinden und abgefragt, wie das künftige Hausmanagement wahrgenommen werde. Es sei geplant, dem Sozialausschuss zu der Thematik eine Vorlage vorzulegen.

Auf die Frage von Frau Floyd-Wenke zum Kostendeckungsgrad führt Frau Gehrke aus, dass vor der Inbetriebnahme des ersten Bauabschnittes ein Eigenanteil von rund 12.000 Euro kalkuliert worden sei. Im letzten und vorletzten Jahr seien die Mieteinnahmen coronabedingt nicht erreicht worden.

Herr Gausmann führt fort, dass der Kostendeckungsgrad aufgrund interner Verrechnungssystematiken und der Corona-Sondersituation nicht ermittelt worden sei. Sobald der Kostendeckungsgrad ermittelt werden könne, werde dieser der Politik vorgelegt, um über eine eventuelle Anpassung diskutieren zu können. **Die Schnupperstunde werde man der Nutzungs- und Entgeltordnung hinzufügen.**

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss stimmt dem Änderungsvorschlag der Nutzungsordnung sowie der Entgeltordnung des Begegnungszentrums Dorenkamp Mitte⁵¹ zu und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine eine entsprechende Beschlussfassung.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Sozialausschusses den Änderungsvorschlag der Nutzungsordnung (Anlage 2) und der Entgeltordnung (Anlage 3) für das Begegnungszentrum Dorenkamp Mitte⁵¹.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (bei 2 Enthaltungen)

16. Sozialbericht Rheine: Aktueller Stand & Gliederung
Vorlage: 098/22

Der Erstentwurf des Sozialberichtes wird von den Ausschussmitgliedern als gelungen angesehen. Der in dieser kurzen Zeit von Frau Ellenberger erstellte Bericht mit seiner Differenziertheit und Vielfältigkeit der Gliederungen vermittelt schon sehr viel Aussagekraft. Dass diverse Auswertungen künftig für Diskussionsgrundlagen zur Verfügung gestellt werden, wird sehr begrüßt.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum aktuellen Stand einer integrierten Sozialplanung sowie die Gliederung für den ersten Sozialbericht zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, den ersten Sozialbericht Rheine auf Grundlage der Gliederung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Barrierefreie Mittel - Mittelverwendung 2022
Vorlage: 099/22

Frau Ehrenberg fragt, warum die „Toilette für alle“ aus dem Budget der barrierefreien Mittel genommen werde. Neues müsse grundsätzlich barrierefrei erstellt werden.

Herr Gausmann erklärt, dass diese keine klassische Behindertentoilette sei, sondern eine sehr hoch dimensionierte, mit der auch behinderte Erwachsene liegend versorgt werden könnten. Er nehme die Anmerkung mit und werde versuchen, dass die Begründung abbildbar werde. Hierzu werde er ebenfalls die Anfrage von Frau Lücke zu der höhenverstellbaren Toilette der Paul-Gerhardt-Schule mitnehmen.

Beschluss:

Der Sozialausschluss beschließt, dass die für das Jahr 2021 beschlossenen Maßnahmen, die coronabedingt nicht umgesetzt werden konnten, in 2022 abgearbeitet werden.

Die AG „Barrierefreie Mittel“ wird beauftragt, die für 2022 neu angedachten Maßnahmen auf ihre Umsetzbarkeit und Kosten zu überprüfen und diese dann erneut dem Sozialausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Die Vorschau auf die Jahre 2023/24 wird zur Kenntnis genommen. Die geplanten Maßnahmen sollen dem Sozialausschuss zu gegebenem Zeitpunkt zur Entscheidung vorgelegt werden.

1 Nicht umgesetzte Maßnahmen aus 2021	Kostenschätzung
1.1 Rampe am Nonnenpädken Elte	40.000,00 €
1.2 Barrierefreie Erschließung der Hünenborg	35.000,00 €
1.3 Höhenverstellbares WC, Turnhalle PGS	6.000,00 €
<u>1.4 Handläufe Walshagenpark</u>	<u>4.132,87 €</u>
<i>Gesamt</i>	<i>85.132,87 €</i>

2 Neue Maßnahmen 2022	Kostenschätzung
2.1 Notruf WC Bustreff	1.470,84 €
2.2 Kloster Bentlage	
a) Eingang	/
• Handlauf an der Rampe	
• Handlauf an der Treppe	
• Stufensicherheitsmarkierungen	
b) Handgriff Refektorium und Calefactorium	/
c) Aufzüge	
d) Pflasterung Eingang Gästezimmer Nr. 2 im Torhaus	/
3 Vorschau Maßnahmen 2023/24	Kostenschätzung
3.1 Behinderten-WC, 2. OG, Neues Rathaus	30.000,00 €
3.2 Toilette für alle	108.885,00 €
3.3 Behinderten-WC Walshagenpark	/

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Anfragen und Anregungen

Frau Ehrenberg erklärt, sie habe von einem spannenden Projekt in Gelsenkirchen zum Thema „Elternhaltestellen“ gehört. Langzeitarbeitslose würden von der Polizei als Begleiter(in) ausgebildet, welche dann die Kinder in kleinen Gruppen von den Elternhaltestellen zu den Schulen begleiten würden. Sie regt an zu prüfen, ob das auch für Rheine möglich sei.

Herr Gausmann nehme diese Idee mit und wird sie an dem Kreis Steinfurt weiterreichen, der für das Projekt „jobcenter aktiv“ zuständig ist.

Ende der öffentlichen Sitzung: 20:09 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin